

Krisenherde**Schutz für Agenten und Diplomaten**

Die Bundesregierung will Diplomaten des Auswärtigen Amtes und Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Krisenländern besser schützen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verhandelt vertraulich um einen zusätzlichen dreistelligen Millionenbetrag für mehr Sicherheit. Gegenüber Parlamentariern sagte er, dass einige Botschaften für eventuelle Attacken dringend aufgerüstet werden müssten. Konkret nannte er die Vertretungen in Kairo und Islamabad. Zudem fordert Steinmeier neue gepanzerte Fahrzeuge für Diplomaten, da der Fuhrpark des Außenamts in die Jahre gekommen sei. Beim BND sorgten zuletzt zwei Zwischenfälle mit unzureichend gesicherten Wagen für Aufregung: Im April vergangenen Jahres hatten Unbekannte im Jemen auf ein BND-Fahrzeug geschossen. Vier Kugeln durchschlugen dabei die Wagentür, einer



Jemenitische Soldaten vor der Deutschen Botschaft in Sanaa

der Insassen wurde am Kopf, der andere am Unterschenkel verletzt. Zuvor war bereits ein BND-Auto in Saudi-Arabien unter Beschuss geraten. Da der Tank nicht gesichert war, ging das Fahrzeug in Flammen auf. Die Agenten entkamen mit Glück. Künftig sollen alle Residenten des Dienstes in aufwendig gepanzerten Autos fahren. Bislang war dies offenbar nicht der Fall – wegen Wartungsschwierigkeiten in Krisenländern und aus finanziellen Gründen. Modelle der höchsten Schutzklasse kosten bis zu eine halbe Million Euro. fis, mgb

**Maut-Gesetz****„Offensichtlicher Widerspruch“**

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) droht mit seinen Plänen für eine Ausländermaut mit einem Debakel: Die Gesetzentwürfe zur Infrastrukturabgabe und zur Senkung der Kfz-Steuer, die am Donnerstag in den Bundestag eingebracht wurden, verstoßen nach Ansicht der EU-Kommission in ihrer jetzigen Form „in mindestens zwei Punkten“ gegen EU-Recht. Bei ihrer Analyse stützt sich die Brüsseler Behörde auf ein umfangreiches Gutachten ihres juristischen Dienstes. Die Rechtsexperten kommen zu dem Ergebnis, dass Ausländer durch Dobrindts Pläne diskriminiert würden. Das ist nach EU-Recht verboten. Der Verkehrsminister will die als Infrastrukturabgabe titulierte Maut zwar für in- und ausländische Autofahrer erheben, für Deutsche aber gleichzeitig die Kfz-Steuer senken. „Jeden inländischen Autofahrer exakt um den Betrag zu entlasten, den er bei der Maut zahlen muss, und dann zu behaupten, zwischen beiden Gesetzen gebe es keinen Zusammenhang, ist

ein offensichtlicher Widerspruch“, heißt es dazu in der EU-Kommission. Um Ausländer nicht zu diskriminieren, so die Brüsseler Sichtweise, „muss es auch unter deutschen Autofahrern Gewinner und Verlierer geben“. Dobrindt hatte in den vergangenen Monaten immer wieder den Eindruck erweckt, seine Pläne seien europarechtskonform. Bei der Kommission heißt es, der Minister sei zwar auf Kritik eingegangen, den größten Knackpunkt einer vollständigen Kompensation für jeden deutschen Autofahrer habe er aber bislang nicht ausgeräumt. Die Kommission bemängelt zudem einen zweiten Punkt: Demnach ist der Preis für Kurzzeitvignetten zu hoch. Nach Dobrindts Plänen sollen Ausländer Zehntagesvignetten für zehn Euro erwerben können, die günstigste Jahresvignette soll rund 20 Euro kosten. Die Kommission hatte in der Vergangenheit die Faustregel aufgestellt, dass eine Jahresvignette rund achtmal so viel kosten muss wie eine Kurzzeitvignette. böf

**Bundeswehr
Waffen nach Litauen**

Die Bundeswehr ist bereit, dem Nato-Partner Litauen Panzerhaubitzen aus den Beständen der Truppe zu liefern. Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder schilderte im Verteidigungsausschuss, ein Verkauf

des Modells „Panzerhaubitze 2000“ sei möglich, da diese in ausreichender Stückzahl verfügbar seien. Litauen hat Interesse an der Haubitze, stellte aber bisher keinen offiziellen Antrag. Suder betonte, man wolle den Nato-Partner bei der Modernisierung der Streitkräfte unterstützen, eine mög-

liche Anfrage für die Panzerhaubitze werde man „wohlwollend prüfen“. Litauen fühlt sich seit der Ukraine-Krise von Russland bedroht. Die Bundeswehr erhielt bis 2003 insgesamt 185 Panzerhaubitzen, die Artillerie-Geschosse auf eine Entfernung von bis zu 40 Kilometern abfeuern können. mgb

FOTOS: WEISFLOG.NET (O.); YAHYA ARHAB / PICTURE ALLIANCE / DPA (U.)